



Leni Breymaier

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung zur Diskussion um ein mögliches Atommüllendlager **Breymaier: "Es braucht eine ergebnisoffene Debatte"**

Aalen, 28.09.2020

Bezug:

Anlagen:

„Die Suche nach einem Endlager für Atommüll wird uns in den kommenden Jahren sehr beschäftigen. Der aktuelle Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zeigt, dass auch Regionen in Baden-Württemberg geologisch in Frage kommen, so auch Ostwürttemberg. Das war zu erwarten und das ist sicher kein Grund zur Freude. Dennoch muss auch unsere Region verantwortlich nach einer gemeinsamen Lösung für das ganze Land suchen“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier.

Sie hebt hervor, dass im weiteren Verfahren Transparenz die zentrale Rolle spielen müsse, damit die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen nachvollziehen können. Am Ende müsse eine größtmögliche Akzeptanz da sein.

Eine breite Bürgerbeteiligung ist mir wichtig. Das müssen auch die Lehren aus dem Untersuchungsausschuss 2013 zu Gorleben sein. Für unser Land ist es eine der größten Herausforderungen, in einem fairen und kompromissfähigen Verfahren ein atomares Endlager zu finden. Atomenergie war und wird nie nachhaltig, günstig und sicher sein. Allen Wiederbelebungsversuchen für Atomkraft muss politisch deshalb eine klare Absage erteilt werden“, so die SPD-Abgeordnete weiter.

Jede weitere Entscheidung auf der Suche nach einem Endlager aus den jetzt 90 zur Debatte stehenden Regionen, müsse auf der Basis wissenschaftlicher Fakten getroffen werden. Breymaier attackiert dabei die jüngsten Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, der für Bayern wenig Spielraum für ein Endlager sieht. „Genau

Wahlkreisbüro Berliner Büro

Silcherstraße 20 73430 Aalen	Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefon: +49 7361-5588093	Telefon: +49 30 227-75471
Telefax: +49 7361-5588095	Telefax: +49 30 227-70470
leni.breymaier.wk@bundestag.de	leni.breymaier@bundestag.de



das brauchen wir nicht! Es gibt keine Ausschleieritis, auch Bayern muss sich einem offenen Prozess anschließen. Es gibt nur eine gemeinsame Lösung“, so Breymaier.